

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Rgr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesehl»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Rgr.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 22. Juli. Hier fängt man bereits an, sich an die Ungewissheit über die Lösung der türkisch-russischen Differenz zu gewöhnen. Ueber die Haltung des Ministeriums kursiren die verschiedensten Gerüchte, alle aber stimmen darin überein, daß die Politik, welche in der orientalischen Frage consequent durch den Ministerpräsidenten vertreten wurde, den Sieg errungen hat. Man erzählt von einer Anfrage, die vor kurzem von dem englischen und französischen Gesandten an das diesseitige Gouvernement gerichtet worden sei, welche Stellung Preußen in dem zwischen Rußland und der Pforte waltenden Streite einzunehmen entschlossen sei. Hr. v. Mantouffell habe hierauf in einem Ministerrathe entschieden die Ablehnung jeder Verantwortung dieser Frage anempfohlen, da dieselbe schon an und für sich gegen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Preußens dem oberschwebenden Conflict gegenüber streite. Die Ungewissheit, mit welcher Frankreich und England dem Augenblick entgegensehen, wo Preußen Partei ergreifen würde, könne nur der feindlichen Haltung jener Mächte und damit der Erfüllung des allgemein gehegten Wunsches günstig sein. Dieses Gerücht stimmt, obwohl ihm jede offizielle Grundlage fehlt, mit der Thatfache überein, daß vor kurzem ein Ministerrath gehalten wurde, dem unmittelbar ein zweiter unter Heranziehung sämmtlicher hier anwesenden Gesandten folgte. Es ist noch erinnerlich, wie schon damals erwähnt wurde, daß der Ministerpräsident zwar von der das Interesse Rußlands der Pforte gegenüber voranstellenden Ansicht im Ministerium wie auch von den außerhalb des Cabinetes ausschließlich den englischen Vermittelungsvorschlägen hulldigenden Ansichten überstimmt worden sein soll, worauf indeß der König selbst sich für die Ansicht des Hrn. v. Mantouffell entschieden habe. — Das erste Verhör, welches vorgestern in Paris zur Enthüllung des rothen Complots stattgefunden, entrollt ein Gemälde von den Bestrebungen der demokratisch-socialen Partei, welches, so betäubend es an sich ist, die noch immer grassirende Furcht vor denselben lächerlich erscheinen läßt.

— „Es gehen noch immer“, heißt es in einem Briefe der Hamburger Nachrichten, „Gerüchte über Preußens Vorschläge in der orientalischen Angelegenheit. Auch die Morning Post weiß, daß ein besonderer preussischer Vorschlag existirt. Fragt man nach dem Inhalt desselben, so soll es sich, wie man weiß, um eine Uebereinkunft zwischen der Pforte und den Mächten handeln, wodurch die Rechte und Privilegien aller christlichen Confessionen in der Türkei nicht unter den Schutz einzelner Mächte, sondern collectio unter den Schutz der fünf Mächte gestellt würden. Hies es nun anderweitig, dieser Vorschlag sei in Konstantinopel von den Vertretern der fünf Mächte ausgegangen, so mag es sich in der That so verhalten und der Plan nur deswegen Preußen zugeschrieben worden sein, weil man voraussah, daß Preußen als die am mindesten direct betheiligte Macht das Vermittleramt schließlich übernehmen müssen. Da es indessen heißt, daß Rußland sich zur Annahme des Vorschlags geneigt zeige und man sich erinnert, wie Wentschikow ein ganz ähnliches Anerbieten des Sultans entschieden zurückgewiesen hat, so wird der Plan außer den oben angeführten Einzelheiten wol noch andere umfassen, die dem Publicum schwerlich lange verborgen bleiben können. — Es soll aus London auf Privatwegen eine Denkschrift Malmesbury's eingetroffen sein, die man mit der europäischen Situation in Verbindung bringt. Sie soll durchaus nicht von unbedingtem Vertrauen zu der französischen Politik erfüllt sein und in dieser Beziehung um so mehr überrascht haben, als man bekanntlich bei dem früheren britischen Minister des Auswärtigen eine sehr warme Neigung zu dem Tuilerieencabinet vorausgesetzt hatte.“

— Man schreibt dem Nürnberger Correspondenten aus Berlin vom 20. Juli: „Man erfährt durch einen unerwarteten Zwischenfall, was die ministeriellen Kreise von dem Ausgange der orientalischen Verwicklung erwarten. In diesen Tagen sind nämlich die Eigenthümer dreier hiesiger Zeitungen auf das Polizeipräsidium geladen worden, wo ihnen anheim gegeben wurde, den Ton ihrer Polemik gegen Rußland zu mäßigen. Eine friedliche Vermittelung siehe, Dank den Bemühungen des Königs und des Ministerpräsidenten, in Aussicht. Es werde Preußen wieder beschieden sein, Europa den Frieden zu geben. Man habe das Ministerium, nachdem man das gewünschte Parteeingreifen für Rußland nicht durchgeführt, zu einer absoluten Neutralität drängen wollen, während Preußen durch seine Stellung in Europa genöthigt sei, Position zu nehmen. Seine Aufgabe sei, zwischen den streitenden Theilen zu vermitteln. Die Presse werde daher wohl thun, dieses Friedenswerk nicht durch aufreizende Angriffe zu gefährden.“

— Die «Zeit» schreibt unterm 21. Juli: „Mit dieser Woche hat in unserer Residenz eine strengere Handhabung der über die Sonntagsfeier bestehenden polizeilichen Verordnungen begonnen. Diese Verordnungen wurden bisher nicht in allen Polizeirevieren der Stadt gleichmäßig durchgeführt und fielen hierdurch vielen Gewerbtreibenden, namentlich solchen, welche

fortwährend mit den Anstrengungen ihrer Concurrenten zu kämpfen haben, lästig. Jetzt soll in allen Theilen der Stadt, ohne daß eine neue Verordnung erschienen ist, durchaus gleichmäßig verfahren werden und es werden die Gewerbtreibenden sich hierdurch eher erleichtert als beschwert fühlen. Namentlich war es, wenn bisher nur ein bloßes oberflächliches Verhängen und nicht ein förmlicher Verschluß der Verkaufslocale eintrat, gar nicht möglich, eine Fortsetzung des Geschäftsverkehrs auch während der kirchlichen Feier zu verhindern. Jetzt müssen halb 9 Uhr Morgens alle Geschäftslocale der Stadt völlig geschlossen und alle Zeichen des Verkehrs, namentlich alle zur Anlockung des Publicums bestimmten Zeichen entfernt werden. Nur solche Gewerbtreibende, deren Geschäft darauf berechnet ist, dem Publicum die nothwendigen Nahrungsmittel zuzuführen (Bäcker, Conditoren u.), und solche, deren Geschäft recht eigentlich auf die Sonntagsbedürfnisse berechnet ist (z. B. Cigarrenhändler, Verkäufer von Spazierstöcken u.), dürfen nach Beendigung des Gottesdienstes wieder öffnen. Diese Bestimmungen betreffen aber nicht nur den Ladenverkehr, sondern überhaupt auch allen gewerblichen Verkehr, welcher mit der allgemeinen Ruhe und Andacht, welche die Sonntagsfeier mit sich bringt, im Widerspruch steht. Es dürfen daher am Sonntage auch in den Werkstätten nach Morgens 9 Uhr keine Arbeiten verrichtet werden, welche ein bedeutendes Getöse verursachen und für die Nachbarschaft störend wirken, ebenso muß mit dieser Stunde das Ablohn der Arbeiter, welches in vielen Fabriken mißbräuchlich am Sonntage gerade während der Stunden des Gottesdienstes vorgenommen wird, eingestellt werden. Auch Fuhrwerke, welche starkes Geräusch verursachen, wie Bauerwagen, Wagen mit Eisenstäben oder großen Kesseln, müssen mit der gedachten Stunde von der Straße verschwinden. Auch die Gast- und Schankwirthe dürfen, wenn sie auch sonst gerade am Sonntage ihr Geschäft im vollen Umtriebe handhaben können, während der Stunde des Gottesdienstes dasselbe nur so weit betreiben, als es gerade zur Befriedigung des dringenden Bedürfnisses dienen kann. Da sich alle diese Gesichtspunkte nicht in Formen bestimmter Verbotsgesetze aussprechen lassen, da vielmehr hier viel von einer verständigen Ermägung der Beamten abhängt, so hat der Polizeipräsident vor einigen Tagen alle Executivbeamte um sich versammelt und denselben persönlich die Grundsätze, nach denen er die Sonntagsfeier gehandhabt wissen will, umständlich erörtert. Eine neue Verordnung steht nicht zu erwarten, vielmehr wird, wo die ältern Verordnungen nicht ausreichen, die Sache im Administrativwege durch Correspondenz mit den einzelnen Gewerbtreibenden erledigt werden und wird sich in Fällen, wo die gewerblichen Interessen durch die Sonntagsfeier zu leiden scheinen, die Behörde mit den betreffenden Gewerbtreibenden selbst in ein näheres Vernehmen setzen. Die Hauptsache ist, daß alle Gewerbtreibenden sich ohne Ausnahme beifern, selbst den Forderungen der Sitte und Religion in Betreff der Heilighaltung des Sonntags nachzukommen, dann werden alle die ihnen wol an diesem Tage zu gönnende Ruhe in Andacht gleichmäßig genießen können, ohne daß irgend ein Schaden für den Einzelnen zu fürchten ist.“

— Zwischen Preußen und Oldenburg werden nach äußerm Vernehmen der «Zeit» in diesem Augenblicke Unterhandlungen über die Regulirung der Weser gepflogen.

Elbing, 20. Juli. „Aus glaubwürdiger Quelle“, schreiben die Elbinger Anzeigen, „verlautet, daß die aus Elbing mitgetheilte Nachricht sich dahin bestätigt, daß in der That die Spigen der hiesigen oppositionellen Partei sich an den Ministerpräsidenten mit der Bitte gewendet haben: einer nach Berlin zu entsendenden Deputation eine Audienz auszuwirken. In diesen Tagen ist nun der Bescheid auf dieses Gesuch hier eingegangen. Derselbe lautet, wie zu vermuthen war, abschlägig. Die nachgesuchte Audienz ist mit der Hindeutung, daß den Bittstellern hier am Orte hinreichende Gelegenheit geboten sei, eine etwaige, aus dem Inhalte der Bittschrift übriggens keineswegs zu ersiehende Umkehr von ihrer bisherigen politischen Haltung zu beethätigen, nicht bewilligt worden.“

Hannover. — Hannover, 22. Juli. Die große Anlage für Spinnerei und Weberei in Baumwolle, welche hiesige Capitalisten an unserm Platz mit einem Actiencapital von 1 Mill. Thlrn. errichten wollen, gibt dem Publicum und der einheimischen Presse gegenwärtig viel Stoff zu Betrachtungen, namentlich als eine erste Wirkung der heranrückenden Schutzzölle. Die Unternehmer haben sich einen jährlichen Reingewinn von 24 Proc. herausgerechnet, macht 240,000 Thlr., und die Sachverständigen von der Polytechnischen Schule finden diesen Anschlag erlaubt und mäßig. Auf den ersten Blick ist es klar, daß der einzige Factor der Berechnung, welcher sichere Anschläge zuläßt, der Schutz Zoll ist. Mit andern Worten: die Masse der hannoverschen Bevölkerung, soweit sie baumwollene Waaren verbraucht, wird vom 1. Jan. 1854 an jährlich 240,000 Thlr. mehr als früher aufbringen, um die reichsten Leute des Landes noch um einige leicherverdiente und gefahrlose Tausende reicher zu machen. Oder wenn man in